

Pressemitteilung

Wiesbaden, den 12. Dezember 2024

Landesregierung muss die Einführung der geplanten Bezahlkarte umgehend annullieren

Der Vorsitzende des Landesausländerbeirats, Enis Gülegen konstatiert heute in Wiesbaden: „Der Dezember ist ein Monat der Besinnlichkeit. Die Einführung der Bezahlkarte in diesem Monat ist hingegen ein falsches Signal in der Debatte um die Menschenwürde der Geflüchteten in Hessen. Der unsägliche Diskurs der letzten Monate hat mehr Schaden angerichtet, als den suggerierten Nutzen. Die beschämende Diskussion, dass Bargeldauszahlungen von vielen Geflüchteten angeblich zur Finanzierung von Schleppern missbraucht worden sei, hat sich nicht bewahrheitet.

Trotz aller Hinweise von Migrantenselbstorganisationen und der Ausländerbeiräte, dass dieser Diskurs gefährlich ist und keine sachliche Begründung für die Einführung der Bezahlkarte darstellt, wurde sie beschlossen. Somit hat diese Diskussion erneut den Rechtspopulisten in die Hände gespielt.“ sagte Gülegen.

Neueste Datenerhebungen belegen, dass die Behauptungen um Missbrauch der Barauszahlung durch Auslandsüberweisungen frei erfundene, rechtspopulistische Unwahrheiten sind. Damit entfällt jegliches seriöses Argument für die Einführung der Bezahlkarte.

„Die Landesregierung hat eine Verantwortung für alle Menschen in Hessen und muss sich darüber im Klaren sein, dass sie durch die Bestätigung von Ressentiments gegen Geflüchtete zum Wahlerfolg von Rechtspopulisten beiträgt. Somit trägt dieser Diskurs zum Erstarren der AfD bei. Der Schutz unserer freien demokratischen Grundordnung ist ein hohes Gut. Die Landesregierung würde der Demokratie einen großen Gefallen tun, ihren Fehler umgehend rückgängig zu machen und die diskriminierende Bezahlkarte zu annullieren.“ so Gülegen abschließend in Wiesbaden.